TÜL/DIE LINKE.

Gläsernes Rathaus

- Magazin der linken Gemeinderats- und Kreistagsfraktion

Ausgabe Nr. 10, Neujahresausgabe 2024 www.tuebinger-linke.de

Kitastrophe überwinden

Tübingen bildet 16 neue Erzieher:innen in praxisintegrierter Form (PiAs) aus. Ein richtiger Schritt! Dennoch fehlt weiter Personal in den städtischen Kitas, mit drastischen Folgen. Nur noch vier von 43 Einrichtungen öffnen an fünf Wochentagen bis 16.30 Uhr. Eltern reduzieren ihre Arbeitszeit oder müssen wie im letzten Jahrtausend täglich schauen, wie sie Familie und Beruf unter einen Hut bekommen. Kollege Drake von den AL/Grünen kann nicht erkennen, dass in den letzten 20 Jahren grobe Fehler gemacht wurden. Oh doch! Das Problem ist nicht vom Himmel gefallen. Verdi und GEW sind schon vor zehn Jahren Sturm gelaufen für mehr pädagogische Fachkräfte. Uns Linken wurde bei den Haushaltsberatungen im Gemeinderat der Vogel gezeigt, wenn wir höhere Ausbildungsquoten forderten. Der Rechtsanspruch kam und die Stadtbevölkerung wuchs, ohne den Bedarf ständig anzupassen. Um die Kitastrophe endlich in den Griff zu bekommen, braucht es eine Ausbildungsoffensive und eine Fachstelle Ausbildung. Das wäre besser, als 100 000 Euro auszugeben für eine fachfremde Werbeagentur. OB Palmer sollte das Problem zur Chefsache machen, statt Vorträge bei rechtslastigen Denkfabriken in Budapest zu halten.

Gerlinde Strasdeit, Linke-Fraktion im Gemeinderat

Impressum
Gemeinderats- und Kreistagsfraktion der Tübinger Linken. Adresse: Linke-Fraktion Am Markt 1, 72070 Tübingen
Email: info@die-linke-tuebingen.de V.i.S.d.P: Gerlinde Strasdeit www.tuebinger-linke.de

Sondervermögen für alle!

Geld. In Zeiten der Inflation haben viele Menschen, nicht nur Arme, diese Sorgen: wie zahle ich die Miete, die Lebensmittel, dringend benötigte Kleidung oder das Busfahrticket für die Kinder?

Ähnlich zu geht es in der Haushaltsberatung des Kreistags: Was kann an „Freiwilligkeitsleistungen“ finanziert werden? Wir als Linke sehen jeden Euro in Sozialprojekte als richtig angelegt.

Wenn Ausgaben für soziale Daseinsfürsorge gekürzt werden sollen, wird häufig die „Ideologie der Leistung“ als große Erzählung bemüht. Warum sollen Menschen ohne Arbeit oder mit Niedriglohn, ohne Wohnung, ohne deutsche Staatsangehörigkeit etwas vom Staat bekommen – obwohl sie (gefühlt) nichts dafür tun?

Margrit Paal, Kreistagsfraktionsvorsitzende und Mitglied des Kreisvorstands

Die richtige Frage ist: Warum werden wenige immer reicher und viele immer ärmer? Die Tafeln wurden zur Rettung von Lebensmitteln gegründet. Inzwischen sind sie eine Art Abteilung des Sozialministeriums – ohne sie wäre vielen das Überleben nicht möglich. Dabei soll nicht das ehrenamtliche Engagement kritisiert werden, aber eine Zivilgesellschaft kann nicht das Problem von Armut lösen.

Wir brauchen ganz dringend den großen Wurf zur Verbesserung der Lebenssituation von vielen. Nicht „Reförmchen“ von ein paar Euro mehr – mal fürs Wohngeld, mal fürs Bürgergeld, mal fürs Kindergeld. Es braucht einen Mietendeckel, Stabilisierung von Lebensmittelpreisen, eine starke Tarifbindung, Verbot von Niedriglöhnen. Der Lohn muss immer zum Leben reichen!

Unserem Staat gelingt es nicht bei unverschämt hohen Einzelvermögen und Großkonzernen eine gerechte Steuergesetzgebung durchzusetzen. Selbst bei Steuerbetrug wie Cum-Ex ist er zahnloser Tiger – ein politischer Bankrott!

Sozialausgaben werden in Zeiten knapper Kassen gerne gekürzt, das verschärft die Lebenssituation der Menschen, die darauf angewiesen sind. Für Ausgaben macht der Staat unter neuem Namen Schulden. Niemand fragt, woher das 100 Milliarden € „Sondervermögen“ für die Bundeswehr herkommt. Wir investieren in den Tod, nicht in das Leben.

Zum Glück gibt es das Fach „Staatsfinanzen“ nicht in der Schule. Wir würden verstehen, dass Geld da ist, wenn Geld da sein soll.

Diese destruktive Politik zermürbt die Menschen. Alle vier Jahre die Strafe an der Wahlurne anzukreuzen ist allerdings keine Lösung. Eine andere Welt und ein gutes Leben für alle sind möglich – dafür braucht es Hoffnung, und die kostet nichts.

Aus der Kreisecke des Schwäbischen Tagblattes

Kein Knoten für Clara Zetkin

Gegen das Vorhaben der Stadtverwaltung verhinderte der Tübinger Gemeinderat am 26. Oktober 2023 mit deutlicher Mehrheit einen stigmatisierenden Knoten am Straßennamen der „roten Feministin“ Clara Zetkin. Stattdessen wurde (auf Initiative der Fraktion „Die Fraktion„, die unseren Antrag aufgegriffen hat) mit knapper Mehrheit ein kritischer Knoten für die Bismarckstraße beschlossen. Die Tübinger Linke hatte zuvor mit zwei Anträgen im Gemeinderat gegen das Vorhaben der Verwaltung protestiert, den Straßennamen Clara Zetkin per Knoten eine Negativbewertung zu verpassen. Wir bedanken uns bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, beim Aktionskomitee „kein Knoten für Zetkin“ und bei zahlreichen Mitstreiter:innen, dass sie dieses Anliegen in den letzten Monaten mit Informationsveranstaltungen, Kundgebungen und öffentlichen Stellungnahmen so tatkräftig unterstützt haben.

1. Clara-Zetkin-Straße erhält keine Knoten-Markierung am Straßenschild

Die Landeszentrale für Politische Bildung bezeichnet Clara Zetkin als „Wegbereiterin der Demokratie im Südwesten“. Die Sozialdemokratin und spätere Kommunistin war Vorkämpferin für das Frauenwahlrecht. An der Wahl zur Nationalversammlung in Weimar 1919 nahm sie noch als Abgeordnete der USPD teil. Sie war im Reichstag eine der ersten Parlamentarierinnen in Deutschland.

In die KPD eingetreten ist sie nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch Soldaten der Reichswehr. Gustav Noske und Friedrich Ebert waren politisch mit verantwortlich. Niemand kam bislang auf die Idee, die Ebertstraße deshalb mit einem Knoten zu versehen.

Kaiser Wilhelm II bezeichnete Zetkin einmal als die „gefährlichste Hexe Deutschlands“. Anfang 1919 floh Clara Zetkin nach Morddrohungen nationalistischer Studenten von Stuttgart nach Tübingen und wurde in der Neckargasse 4a versteckt. Koordiniert wurde die Rettungsaktion von dem Studenten und späteren Mitbegründer des Frankfurter Instituts für Sozialforschung (Adorno, Horkheimer) Felix Weil.

Im Reichstag engagierte sie sich u.a. als Unterzeichnerin von interfraktionellen Anträgen. Beim Kapputsch und nach der Ermordung von Mathias Erzberger setzte sie sich immer wieder für eine Einheitsfront gegen die Nazis ein. Ebenso in ihrer letzten Reichs-

tagsrede als Alterspräsidentin im Jahr 1932, die sie als Botschaft gegen die Machtergreifung der Nationalsozialisten verstand. Der Begriff „proletarische Diktatur“, den sie verwendet hat, widerspricht unserem heutigen Verständnis von demokratischem Sozialismus. Damals war der Begriff jedoch in der Arbeiterbewegung im Marxschen Sinne üblich, stand lange auch im SPD-Programm, war nicht gleichbedeutend mit „Einparteienherrschaft“ und noch nicht diskreditiert durch die stalinistische Gewaltherrschaft.

In der KPD hatte Clara Zetkin mehrmals die Parteilinie kritisiert. Ihre „Mitwirkung“ an einem Prozess im Jahr 1922 in Moskau wird in der Vorlage verzerrt dargestellt. Der Prozess fand statt in der Endphase des Bürgerkrieges in Russland, nach Ermordung des deutschen Botschafters in Moskau und nach einem Attentat auf Lenin. Dies rechtfertigt nicht, aber erklärt, dass der Prozess nicht nach heutigen rechtsstaatlichen Maßstäben stattfand. Richtig ist, dass Zetkin in der Auseinandersetzung mit der II. Internationale diesen Prozess publizistisch gerechtfertigt hat. Belegt ist aber auch, dass sie sich zusammen mit anderen mehrfach gegen die Todesurteile engagiert hat und diese dann nicht vollstreckt wurden. Clara Zetkin war nie an Verbrechen beteiligt.

Kundgebung der Initiative „Kein Knoten für Zetkin“ auf dem Tübinger Marktplatz

2. Die Bismarckstraße erhält zusätzlich einen Markierungs-Knoten

Die Bismarckstraße ist eine der längsten Straßen in Tübingen. An Bismarcks Händen klebt Blut. Darin unterscheidet er sich von seiner Zeitgenossin und politischen Gegnerin Clara Zetkin. Die Liste der Demokratiefeindlichkeit ist lang: Niederschlagung der demokratischen Revolution, Verteidigung der Fürstenherrschaft, verantwortlich für kolonialistische Raubkriege, Sklaverei und Verbrechen in Kolonien; Kanzler in Tradition des preußischen Militarismus, Eroberungskriege u.a. gegen Frankreich, Judenfeindlichkeit, Ablehnung des Parlamentarismus, Sozialistengesetze. Noch heute erheben Bismarck-Erben Rechtsansprüche auf Raubgüter aus der deutschen Kolonialzeit. Wenn die Stadt Tübingen einerseits Clara Zetkin mit einem Negativ-Knoten in die Nähe von Nazi-Verbrechen rückt und andererseits Bismarck historisch „freispricht“, wäre das mit zweierlei Maß gemessen und insofern auch ein politischer Skandal.

Für die Linke-Fraktion, Gerlinde Strasdeit

Tübinger Müllabfuhr bleibt in öffentlicher Hand.

Das war ein voller Erfolg. Die Privatisierung der Tübinger Müllabfuhr wurde auf Initiative der Linken im Gemeinderat verhindert und die Beschäftigten bleiben im Tarifsystem des Öffentlichen Dienstes. Bereits auf der Kundgebung am 1. Mai hatten der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Gewerkschaft ver.di die beabsichtigte Privatisierung kritisiert und sich hinter die Kolleginnen und Kollegen gestellt. Die Forderung lautete: die öffentlich-rechtliche Vereinbarung der Stadt mit dem Landkreis über die Müllentsorgung darf nicht gekündigt werden. Die Erfahrung in vielen anderen Städten ist: mit Privaten wird die Abfallentsorgung meist irgendwann teurer und schlechter. Mangels Verlässlichkeit und Preiserhöhungen gab es andernorts auch immer wieder Rekommunalisierungen. Wir treten auch zukünftig dafür ein, dass die Beschäftigten der Tübinger Müllabfuhr ihre harte Arbeit nicht unter schlechten Bedingungen leisten müssen.

Tax the Dax – Besteuert die Reichen

Geld ist genug da, es ist nur ungerecht verteilt!

Die Deutsche Börse meldet neue Rekorde. In diesem Jahr werden Konzerne so hohe Dividenden ausschütten wie nie zuvor – fast 75 Milliarden Euro! Kein Wunder, dass die reichsten zehn Prozent zwei Drittel des Vermögens besitzen, die untere Hälfte aber nur rund ein Prozent. Allein die sechs reichsten Milliardär*innen in Deutschland besitzen so viel wie die unteren 40 Prozent. Die Reichen werden reicher, während die Inflation die Gehälter der Beschäftigten auffrisst.

Holen wir uns das Geld zurück! Mit einer Vermögenssteuer, die pro Jahr 100 Milliarden Euro bringt - für Investitionen in Schulen, Schienen und Schwimmbäder. Dazu werden die Vermögen oberhalb von einer Million Euro mit fünf Prozent pro Jahr belastet. So hätten wir mehr Geld für den Ausbau von Bus und Bahn, für Schulen und Kitaplätze, für bessere Pflege und ein gerechtes und modernes Gesundheitssystem, für ein gutes Leben für alle. Geld ist genug da, es ist nur ungerecht verteilt!

Mieten runter! wird Schwerpunkt

Neben den Europawahlen stehen 2024 in allen Kommunen und Kreisen in Baden-Württemberg auch Kommunalwahlen an. Verschiedene Themen gibt es genauso viele wie kommunale Antritte, aber landauf und landab kristallisiert sich ein Thema immer mehr als verbindendes Thema heraus: die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg. Die Linke bearbeitet das Thema schon länger als einen Schwerpunkt. 2024 werden wir aber speziell auch die Kommunalwahlkämpfe nutzen um hier Verbesserungen für die Millionen Menschen in den Kommunen dieses Bundeslandes zu erkämpfen. Erste Vorabaktionen wird es im Rahmen des Housing-Action-Days schon ab 28. März geben, bevor im Laufe des Aprils Landesweit mit unseren Unterschriftensammlungen für einen Volksantrag begonnen wird. Mit diesen wollen wir die Landesregierung zwingen endlich öffentlich zu dieser massiven Problemlage Stellung zu beziehen und etwas zu unternehmen. Mehr Infos findet ihr unter: mieten-runter.de/

Die App, die Stadt und das Klima

Mittwochspalte unseres Gemeinderates Wilhelm Bayer

Brennende Ferieninseln, Stürme, Hagel. Die Zeichen sind nicht zu leugnen, aber wie ist das Klima zu retten? In Tübingen wird über den Schindhautunnel debattiert. Es wird auf die CO2-Werte verwiesen, die beim Bau entstehen. Ebenso große Mengen an CO2 entstehen aber in den täglichen Staus auf der alten Trasse. Die Erwartung, das Verkehrsaufkommen werde in den nächsten Jahren drastisch sinken, ist unrealistisch. Allein der Güterverkehr wird wegen fehlender Bahnkapazitäten eher zunehmen. Der Tunnel wäre keine zusätzliche Belastung für die Umwelt, entlastet aber die Anwohner erheblich.

Vieldiskutiert, das Deutschlandticket. In Tübingen wird es vorläufig nur 34 Euro kosten. Reicht das, um einen Umstieg auf den ÖPNV zu erreichen? Nicht bei allen Problemen ist sofort sichtbar, dass sie den Klimaschutz betreffen. Die Müllabfuhr wurde dank der Proteste nicht privatisiert. Einen Klima-Aspekt gibt es auch hier, vorgebracht nur von der Linken: Private Anbieter hätten einen Betriebshof in Tübingen bauen müssen oder mehrfach täglich mit Kilometer-langen Anfahrten die Umwelt belastet.

Ob die Erhöhung der Parkgebühren dazu führt, dass es weniger Individualverkehr gibt, sei dahin gestellt. Eine Belastung ist sie bei sinkenden Realeinkommen auf jeden Fall. Der Vorschlag der Verwaltung, dass Nutzer einer Parkgebühren-App weniger zahlen, wurde nicht beschlossen (Gleichbehandlung, keine wirkliche Einsparung). Zwei Gesichtspunkte wurden nur von der Linken eingebracht: der Datenschutz, der bei den privaten App-Anbietern nicht gewährleistet werden kann, und die Klimarelevanz. App-Anbieter müssen zur Verarbeitung der Daten Rechenzentren unterhalten, jedes verbraucht ca. 26 Millionen KWh/J. Müssen wir dies fördern? Aber wenn schon eine Park-App, dann von der Stadt in öffentlicher Verantwortung.

Gefeiert wurde der neue Busbahnhof. Wie der Platz der alten Bussteige genutzt wird, ist noch offen. Hier gäbe es eine gute Möglichkeit mit Grün die Verkleinerung des Anlagenparks zu kompensieren und etwas fürs Stadtklima zu tun. Ich war doch entsetzt, dass im Gemeinderat nicht mehr Räte meinen Vorschlag unterstützt haben, den Platz zu entsiegeln und ich am Ende der Einzige war, der gegen den Entwurf der Stadtverwaltung stimmte.

Klimaschutz steckt in vielen Fragen, und der Teufel im Detail. Und wir müssen dafür sorgen, dass Klimaschutz sozial verträglich gestaltet wird. Die Menschen dürfen nicht auf der Strecke bleiben

Sozial-Deutschlandticket leider erst im März 2024

Linke kritisierte Verzögerung beim 15 € Deutschlandticket für Nutzer:innen der Kreisbonuscard

Bei den Haushaltsverhandlungen im Tübinger Gemeinderat im Frühjahr 2023 hatte sich die Linke-Fraktion gemeinsam mit SPD und Die Fraktion erfolgreich für eine Ermäßigung des Deutschlandtickets für Inhaber:innen der KreisBonusCard (KBC) eingesetzt. Gemäß Beschluss hätte das Deutschlandticket für Menschen mit KBC nur 15 Euro kosten sollen, was dem bisherigen Preis für eine KBC-Monatskarte im Stadtverkehr entspricht. Der Haushaltsbeschluss wird leider erst im März 2024 umgesetzt. DIE LINKE Tübingen kritisierte, dass der Haushaltsbeschluss verzögert umgesetzt wird.

Dazu Gerlinde Strasdeit, Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat: „Wir können nicht nachvollziehen, warum die Verwaltungsspitze die Umsetzung des Haushaltsbeschlusses weiter verzögert. Wir haben in der Gemeinderatssitzung am 24. Juli öffentlich nachgefragt, wann das reduzierte Deutschlandticket endlich kommt. OB Palmer verwies auf die nichtöffentliche TüBus-Aufsichtsratssitzung am 17. Oktober. Das würde bedeuten, dass eine Umsetzung Richtung Jahresende oder gar nächstes Jahr verschoben wird. Deshalb fragen wir öffentlich: Wo liegt das Problem? Wieso die Geheimniskrämerei? Die Inhaber:innen einer KreisBonusCard verfügen in der Regel genau wie alle anderen Menschen über ein Konto und in den meisten Fällen auch über ein Smartphone. Der Nachweis der KreisBonusCard könnte genauso wie der Nachweis des Wohnsitzes beim Deutschlandticket für Tübinger gehandhabt werden."

Fabian Everding, Linke-Kreissprecher kritisiert: „Wir Linke werden immer wieder von Betroffenen angesprochen, wann denn nun das reduzierte KBC-Deutschlandticket kommt, das der Gemeinderat am 30. März beschlossen hat. Es ist traurig, dass ausgerechnet arme Menschen, für die 34 Euro im Monat viel Geld sind, bisher nicht vom Deutschlandticket profitieren können. Gerade in den Sommerferien wäre das eine Entlastung für viele mit geringem Einkommen und Familien gewesen! Leistbare Mobilität bedeutet soziale Teilhabe, deshalb setzen wir uns als Linke schon lange dafür ein, dass öffentlicher Nahverkehr am besten kostenlos, aber zumindest für alle bezahlbar wird. Dass es monatelang nichtmal einen Termin für das 15 €-Ticket gibt, führt zu Unverständnis bei Beratungsstellen und sozialen Hilfen in Tübingen, bei denen Betroffene immer wieder erfolglos nachfragen."

Vorbild Leipzig: Bundesweit setzen sich Kommunalpolitiker:innen für eine noch bessere Zugänglichkeit und Preis des Deutschlandtickets ein.

Die Gemeinderats-Fraktion der Linken hatte am 17. Juli dazu die folgende Anfrage für die Fragestunde im Gemeinderat am 24.07.2023 gestellt:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Palmer, sehr geehrter Herr Erster- und Baubürgermeister Soehlke, sehr geehrte Sozialbürgermeisterin Frau Dr. Harsch, sehr geehrtes Team der Geschäftsstelle des Gemeinderats,

Zur Einführung des Deutschlandtickets mit KreisBonusCard

Wann wird voraussichtlich das im Haushalt 2023 beschlossene Deutschlandticket für Inhaberinnen und Inhaber einer Kreisbonuscard und Kreisbonuscard Extra eingeführt? Wir werden immer wieder aus unterschiedlichen Kreisen wie z.B. aus dem Bereich der Aidshilfe, aus dem Bereich der Begegnungsstätte Hirsch e.V. angesprochen, wann das Deutschlandticket für 15 € zu bekommen ist.

Für die Fraktion, Gerlinde Strasdeit

Update: Für ein Kreisweites Sozialticket

Im Kreistag setzt sich unsere Fraktion weiter ein für ein Kreisweites Sozialticket. Für Berechtigte der Kreisbonuscard soll das Deutschlandticket als Kreissozialticket zum Preis von 15 € angeboten werden. Das wäre ein Angebot, das auch arme Menschen in den Kreisgemeinden in die Politik der Verkehrswende einbezieht und punktgenau wirkt: sozial und ökologisch. Erwachsene, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, die aufstocken oder die Niedriglohn beziehen, haben bislang keinen Anspruch. Eine alleinerziehende Reinigungskraft zum Beispiel, die Bürgergeld bezieht und mit Niedriglohn aufstockt, bekommt kein Jobticket und zahlt den vollen Preis. Solche Leute sollten die Möglichkeit erhalten, das Deutschlandticket in Form eines Sozialtickets preisgünstig zu erwerben. Die Mobilitätskosten, konkret die derzeitigen Kosten von 49 Euro für das Deutschlandticket, sind durch die Regelbedarfe für ärmere Menschen keineswegs abgedeckt. Deshalb gibt es ja bereits seit Jahren in vielen Städten und Landkreisen ein vergünstigtes Sozialticket im ÖPNV. In der Stadt Tübingen ist ein Sozialticket auf Grundlage der Kreisbonuscard vorgesehen, im Landkreis bislang noch nicht. Eine einheitliche Regelung in der gesamten Region streben wir an.

ÖPNV Bezahlbar

Preiserhöhung ist das falsche Signal für die dringend benötigte sozial-ökologische Verkehrswende

„Die Tariferhöhung von 11,5% ist ein völlig falsches Signal, dass der ÖPNV massiv teurer wird und schadet damit der dringend notwendigen sozial-ökologischen Verkehrswende," kritisiert Frederico Elwing, der auch Aufsichtsrat der TüBus GmbH ist.

„Die Tariferhöhung belastet Gelegenheitsfahrgäste, also zum Beispiel Menschen, für die das Deutschlandticket für 34 € zu teuer ist. Die Vierer-Karten für Menschen mit KreisBonusCard (KBC) sind auch von der Tariferhöhung betroffen."

Frederico Elwing, Linke-Stadtrat und TüBus-Aufsichtsrat

Für diese gäbe es eigentlich eine preiswerte Alternative: Das Deutschland-Ticket zum Preis von 15 € im Monat, wie es im Frühjahr 2023 im Gemeinderat beschlossen wurde. Auf Initiative der Linken gemeinsam mit SPD und Die Fraktion war das Deutschlandticket für Menschen mit KBC zum bisherigen Preis einer KBC-Monatskarte im Stadtverkehr beschlossen worden. DIE LINKE Tübingen kritisiert, dass der Haushaltsbeschluss bisher nicht umgesetzt wurde, während es jetzt bei den regulären Tickets sogar noch Preiserhöhungen gibt.

Gerlinde Strasdeit, Linke-Kreissprecherin und Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat kritisiert: „Wir können nicht nachvollziehen, warum die Verwaltungsspitze die Umsetzung des Haushaltsbeschlusses beim 15 € Ticket weiter verzögert. Wir haben in der Gemeinderatssitzung am 24. Juli öffentlich nachgefragt, wann das reduzierte Deutschlandticket endlich kommt. OB Palmer verwies auf die nichtöffentliche TüBus-Aufsichtsratssitzung am 17. Oktober. Das würde bedeuten, dass eine Umsetzung in Richtung Jahresende oder gar auf nächstes Jahr verschoben wird. Deshalb fragen wir öffentlich: Wo liegt das Problem? Wieso die Geheimniskrämerei? Die Inhaber:innen einer KreisBonusCard verfügen in der Regel genau wie alle anderen Menschen über ein Konto und in den meisten Fällen auch über ein Smartphone. Der Nachweis der KreisBonusCard könnte genauso wie der Nachweis des Wohnsitzes beim Deutschlandticket für Tübinger gehandhabt werden."

Fabian Everding, Linke-Kreissprecher kritisiert: „Wir Linke werden immer wieder von Betroffenen angesprochen, wann denn nun das reduzierte KBC-Deutschlandticket kommt, das der Gemeinderat im März beschlossen hat. Es ist traurig, dass ausgerechnet arme Menschen, für die 34 Euro im Monat viel Geld sind, bisher nicht vom Deutschlandticket profitieren können. Gerade in den Sommerferien wäre das eine Entlastung für viele mit geringem Einkommen und Familien gewesen! Leistbare Mobilität bedeutet soziale Teilhabe, deshalb setzen wir uns schon lange dafür ein, dass öffentlicher Nahverkehr für alle bezahlbar wird. Dass es monatelang keinen Termin für das 15 €-Ticket gibt, führt zu Unverständnis bei Beratungsstellen und sozialen Hilfen in Tübingen, bei denen Betroffene immer wieder erfolglos nachfragen."

Demokratie schützen geht anders:

Radikalenerlass aufheben! Betroffene rehabilitieren!

Am 24. Juli beschloss der Gemeinderat Tübingen mit überwältigender Mehrheit einen interfraktionellen Antrag der Linken, SPD und der Fraktion. Darin wird der ehemalige Radikalenerlass von 1972 verurteilt. Auch die AL/Grünen schlossen sich dem Antrag an. OB Palmer, die CDU, FDP und TüListe enthielten sich entweder oder stimmten dagegen. Am Gesamtergebnis von 23 Ja-, 4 Neinstimmen und 7 Enthaltungen änderte dies nichts. Beschlossen wurde:

Im vergangen Jahr jährte sich zum 50. Mal der sogenannte „Radikalenerlass". Er wurde 1972 von der Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Titel „Grundsätze zur Frage verfassungsfeindlicher Kräfte im Öffentlichen Dienst" beschlossen. In der Folgezeit wurden etwa 11.000 Berufsverbots- und 2.200 Disziplinarverfahren eingeleitet und offiziell 1.256 Bewerberinnen und Bewerber nicht eingestellt sowie 265 Beamte entlassen. Auch für mehr als 30 Betroffene, die in Tübingen studiert, gelebt und gearbeitet haben, hatte der Erlass schwerwiegende Folgen. Einige der Tübinger Betroffenen haben bis heute aktiv an der Gestaltung der kommunalen Demokratie mitgewirkt und jahrelang in Ortsbeiräten, im Tübinger Gemeinderat und Kreistag mitgearbeitet. In Baden-Württemberg wurde der Beschluss „mit besonderer Härte" (Ministerpräsident Kretschmann), mittels des sogenannten „Schiess-Erlasses" vom 2.Oktober 1973 praktiziert. Der nach dem damaligen Innenminister Karl Schiess benannte Erlass jährt sich in diesem Jahr zum 50.Mal. Schon 2021 hat eine Vielzahl von Persönlichkeiten aus Politik, Gewerkschaften, Wissenschaft und Kultur gemeinsam einen Aufruf unterzeichnet: den Radikalenerlass generell offiziell aufzuheben, alle Betroffenen vollumfänglich zu rehabilitieren und zu entschädigen und die Folgen der Berufsverbote und ihre Auswirkungen auf die demokratische Kultur wissenschaftlich aufzu-

arbeiten. Der Gemeinderat der Stadt Tübingen schließt sich dem ausdrücklich an und fordert die baden-württembergische Landesregierung und den Landtag auf, den Forderungen der Betroffenen nach Rehabilitierung und Entschädigung sowie Aufarbeitung und Entschuldigung nachzukommen. Begründung: Der sogenannte „Radikalenerlass“ hat der Demokratie und dem gesellschaftlichen Klima in der Bundesrepublik schweren Schaden zugefügt. Einige Menschen wurden in ihrer Existenz bedroht. Eine offene, tolerante, demokratische Gesellschaft braucht den uneingeschränkten Erhalt der Grundrechte. Nach nunmehr 50 Jahren ist es an der Zeit, das Kapitel Berufsverbote endgültig abzuschließen. Die Praxis der Berufsverbote wurde 1987 von der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO bzw. ILO) und 1995 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) als Frau Strasdeit 29.06.2023 09:59 Unrecht verurteilt. Von 2012 bis 2021 haben die Landesparlamente von Bremen, Niedersachsen, Hamburg und Berlin Beschlüsse zur Aufarbeitung gefasst, gegenüber den Betroffenen kollektiv Entschuldigungen ausgesprochen bzw. Rehabilitierung zugesagt und zum Teil auch Entschädigungen angekündigt. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (in einer ARD-Dokumentation im Januar 2022) und Innenminister Thomas Strobl (in einem Antwortschreiben im Februar 2022 auf eine SPD-Landtagsanfrage) hatten erklärt, den Abschluss eines an der Universität Heidelberg laufenden Forschungsprojekts zum „Radikalen- und Schiess-Erlass“ abwarten zu wollen. Die Ergebnisse dieser von 2018 bis 2021 mit finanzieller Unterstützung des Wissenschaftsministeriums durchgeführten Studie liegen seit Mai letzten Jahres in Buchform vor. Sie bestätigen: damals wurde politisch „mit Kanonen auf Spatzen geschossen“ (S. 193). In rechtlicher Hinsicht ist die Praxis „als Einschränkung der Grundrechte (…) zu verurteilen (S. 475). Sie war von Anfang an als rechtswidrig einzustufen“, insbesondere weil sie „mit der ILO-Konvention Nr. 111 nicht übereinstimmt“ (S. 289). Viele der damals Betroffenen spüren die Auswirkungen der Berufsverbote durch Kürzungen bei ihren Ruhegehältern oder sogar Altersarmut bis heute. Ihre materiellen Nachteile müssen ausgeglichen werden. In Baden-Württemberg werden die berechtigten Forderungen der Betroffenen bedauerlicherweise seit Jahren abgelehnt. Ministerpräsident Kretschmann hat laut Medienberichten zuletzt bei einem Gespräch mit Betroffenen am 8.Februar im Staatsministerium erneut an dieser Ablehnung festgehalten. Die Historikerin Mirijam Schnorr kommt in der Heidelberger Studie zu dem Schluss: „Die Frage (…), ob die Betroffenen ihre Forderungen in naher Zukunft eingelöst wissen können, das zu entscheiden, ist freilich nicht die Aufgabe der Wissenschaft, sondern vor allem die des politischen Wollens“

Integration kann gelingen

Im Kreistag berichteten Landrat Walter und Finanzdezernent Walz im April – nur mündlich – angesichts der hohen Flüchtlingszahlen über den aktuellen Stand bei der Unterbringung und Integration von Geflüchteten im Landkreis. Tenor: Die Situation ist angespannt, aber es gibt noch Plätze. Wir müssen keine Hallen belegen. Die haupt- und ehrenamtlich Tätigen haben viel zu tun, aber insgesamt läuft es gut und ja, „wir schaffen das“. Beifall vom gesamten Kreistag.

Wenige Wochen später stehen dann politische Maximalforderungen in einer Resolution und Pressekampagne des Landkreistags BW „zur Steuerung und Begrenzung der Fluchtmigration und zur finanziellen Unterstützung der Kommunen“. Dieses am 22. Juli veröffentlichte Papier sehen wir nicht als Sommerloch-Füllstoff, sondern als massives politisches Statement – dem deutlich widersprochen werden muss. Obwohl Landrat Walter in seiner Funktion als Landkreistagspräsident beteuert, dass „wir Landkreise zu unserer humanitären Verantwortung stehen“, sprechen die Forderungen eine andere Sprache. Die EU-Pläne zur verstärkten Abwehr an den Außengrenzen sollen „rasch und vollständig“ umgesetzt werden. Das Asylrecht soll „überprüft“ werden. Sozialrechtliche Standards sollen abgebaut werden, auch für die Ukrainer und Ukrainerinnen. Eine Arbeitspflicht soll eingeführt werden.

Andreas Linder, Linke-Kreisrat

Was würde die Umsetzung dieser Forderungen zur Überwindung der Probleme der Kommunen helfen? Was hilft es gegen Fluchtursachen? Klimakollaps und Fluchtursachen sind zwei Seiten derselben Medaille. Das wollen viele noch nicht wahrhaben. Der altbekannte „Abschotten-Ablehnen-Abschieben“-Ansatz und das Sägen an menschenrechtlichen Standards wird bei den nächsten Wahlen vielleicht ein paar Leute, die zur AfD neigen, das Kreuzchen woanders machen lassen – ansonsten aber der AfD auf den Leim gehen.

Wir brauchen sachliche und pragmatische Maßnahmen für die Unterbringung und Integration von Geflüchteten. Doch dazu hat der Landkreistag nichts zu bieten. Eine gleichzeitig veröffentlichte Studie zu diesem Thema, an der sogar Mitarbeiter des Kreises beteiligt waren, findet keine Erwähnung. Tenor der Studie: Die Kommunen können viel, wenn sie wollen. Zum Beispiel eine Beschäftigungsoffensive starten. Ein Abbau bestehender Arbeitsverbote würde dafür mehr helfen als eine Arbeitspflicht und das Infragestellen von Bleiberechtsgesetzen.

Die Chance der Politik vor Ort

Mittwochspalte unserer Gemeinderätin Gitta Rosenkranz

Rechtspopulismus und Parteien am rechten Rand sind gesellschaftlich akzeptierter geworden. Das zeigen die Stimmengewinne der AfD bei den letzten Landtagswahlen und bei einigen Kommunalwahlen. Dies erfüllt uns mit tiefer Sorge und muss ernst genommen werden. Ein sogenannter Rechtsruck geschieht nicht von heute auf morgen, sondern ist ein schleichender Prozess. Die Konsequenzen daraus betreffen uns alle. Aktuell wird das Grundrecht auf Asyl zumindest in Frage gestellt, die Ursachen einiger Probleme, wie der Wohnungsmangel werden einer Gruppe von Menschen, nämlich den Geflüchteten zugeschrieben. Das ist nicht nur falsch, sondern versperrt auch den Blick auf die wirklichen Ursachen des Problems und damit die Chance auf politische Lösungen.

Der Mangel an bezahlbaren Wohnraum ist nicht neu. Das Wegfallen der Gemeinnützigkeit, die politische Akzeptanz Wohnraum als Spekulationsobjekt zu missbrauchen, der Verkauf von 22 000 Wohnungen durch das Land an einen Investor, um nur einige Gründe zu nennen.

Menschen brauchen politische Alternativen und gute Wege, damit Existenzängste reduziert werden und sie sich ernst genommen fühlen. Ein wichtiger Punkt in der Kommunalpolitik ist eine gute Daseinsfürsorge. Dazu gehört, dass die Menschen sich als Teil ihrer Stadt fühlen und partizipieren können. Armut zu reduzieren, durch Angebote wie die Kreisbonuscard sind hier ein wichtiges Instrument. Arbeit muss fair bezahlt werden und die Arbeitsbedingungen müssen stimmen.

Deshalb keine Privatisierung von kommunalen Aufgaben in der Daseinsfürsorge wie Reinigungsdienste, Müllabfuhr etc. Menschen, die das Gefühl haben, fair behandelt zu werden, die Chance auf wirkliche Teilhabe zu bekommen, werden weniger den falschen und zum Teil menschenverachtenden Heilsversprechen rechter Parteien glauben. Die Kommunalpolitik hat eine große Chance, gute politische Wege gehen. Dazu gehört eine differenzierte Analyse der Probleme, Menschen in ihren Sorgen ernst nehmen und Alternativen aufzeigen. Vielleicht auch mal nicht gleich eine einfache Lösung parat haben, weil es die vielfach nicht gibt. Konkret heißt dies auch, Bündnisse einzugehen, um gemeinsam eine rechtspopulistische und diskriminierende Politik zu stoppen und keine Anbiederung an die Inhalte und Ziele der rechten Parteien.

Diese und weitere Reden unserer Bundestagsabgeordneten auf Youtube, unter: youtube.com/@linksfraktion